

## Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Sulzberger**  
und **Hafenecker**

betreffend: **Soziale Sicherheit in Niederösterreich – Einführung eines NÖ  
Familienschecks**

Über 1 Million Menschen leben in Österreich an der Armutsgrenze. Viele davon sind Alleinerzieher bzw. kinderreiche Familien mit geringen bzw. nur einem Einkommen. Niederösterreich als Bundesland mit der zweithöchsten Einwohnerzahl ist davon zwangsläufig entsprechend stark betroffen. Aufgrund der krisengeschüttelten Wirtschaft, des Zuwachses der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich (8,7 % im Vergleich zum Vorjahr) und Einsparungen des Staates auf allen Ebenen ist die Tendenz weiter steigend.

Die Schätzungen für die zusätzlichen Monatskosten pro Kind reichen von € 520,-- bis € 948,-- je Monat. Familienbeihilfe und Kindergeld – die darüber hinaus seit Jahren keiner Valorisierung unterzogen wurden - decken nur einen Teil dieser Kosten ab. Alleine zum Schulstart muss man, Berechnungen zu Folge, mit einer Mehrbelastung von € 49,-- rechnen. Ganz zu schweigen von den horrenden Spritkosten, die niederösterreichische Familien aufbringen müssen, um ihre Kinder von und zur Schule oder zu diversen Sportplätzen, zum Musikunterricht, etc. zu bringen.

Für viele niederösterreichische Familien – besonders Mehrkinderhaushalte - ist das bereits nicht mehr leistbar, insbesondere seit auch die Schulstarthilfe des Landes NÖ abgeschafft wurde. Die Folge sind nicht nur unterschiedliche Bildungschancen, die jedes Kind erhält, sondern auch ein soziales Ungleichgewicht, da es sich ärmere Familien nicht leisten können, ihr Kind an Schulveranstaltungen bzw. Ausflügen wie Landschulwoche, Sprachwoche, Skikurs, etc. teilnehmen zu lassen. Darüber hinaus können Talente oft nicht gefördert werden, wenn das Geld für eine bestimmte Schule, beispielsweise Musikschule oder Sportgymnasium bzw. die hierzu nötige Ausstattung fehlt. Auch auf den gesundheitspolitischen Aspekt darf nicht vergessen werden, so sind Kosten für Zahnspangen oder orthopädische Schuhe für immer mehr Familien - oft auch aus ärmlicheren Verhältnissen – selbst mit Zuschüssen der Krankenkassen – nur mehr schwer bzw. nicht leistbar.

Dieser Entwicklung ist mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken und Niederösterreichs Familien müssen durch Förderungen finanziell entlastet werden. Da eine Gesetzesänderung auf Bundesebene nicht geplant ist, fordern wir eine sofortige Entlastung auf Landesebene. Jedes Kind mit österreichischer Staatsbürgerschaft soll Anspruch auf einen NÖ Familienscheck in Höhe von bis zu € 1.000,-- pro Jahr haben. Anspruchsvoraussetzung ist, dass die Eltern berechtigt sind, Familienbeihilfe zu beziehen. Rechnungen für Schuleintrittskosten, Lernmaterialien, Nachhilfestunden, Sprachwochen, Skikurse, aber auch Zahnspangen, Sportausrüstung, etc. werden beim Land NÖ eingereicht und dann an die Eltern rückerstattet.

Mit dem neu beschlossenen Sicherheitspaket, wo die niederösterreichischen Bürger Anspruch auf Förderung von Sicherheitseinrichtungen haben, ist zweifellos ein Schritt für mehr Sicherheit in den eigenen vier Wänden geschaffen worden. Darüber hinaus darf man aber die soziale Sicherheit nicht ausblenden. Wenn das Land NÖ es sich daher leistet, Sicherheitsvorkehrungen mit bis zu € 1.500,-- zu fördern, dann darf man sich nicht die Frage stellen, ob die soziale Sicherheit eventuell weniger förderwürdig ist. Die niederösterreichischen Familien müssen das gleiche Recht auf Förderung bekommen, wie jene Familien, die sich eine Alarmanlage installieren.

Durch Einführung des NÖ Familienschecks könnten sozial schwächere Familien entlastet und das derzeit bestehende Ungleichsystem ausgeglichen werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung einen NÖ Familienscheck in der Höhe von € 1.000,-- einzuführen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 27. September 2012 möglich ist.